

Redebeitrag Solidarity City am 24.4.2021 --

Wir sind heute hier, weil wir Druck machen wollen, damit die Grundrechtsverstöße in der LEA aufhören. Lager sind schlimm genug und gehören abgeschafft. Wenn denen, die dort leben müssen, nicht einmal die grundlegendsten Rechte auf Privatsphäre und die Unverletzlichkeit der eigenen Wohnung, gewährt werden, ist das nur ein Grund mehr dafür.

Wir von Solidarity City Freiburg, setzen uns für eine Stadt ein, in der es ein Recht auf Rechte gibt, in der niemand aufgrund seines Aufenthaltsstatus, oder seines Geldbeutels, ausgeschlossen wird. In einer Solidarity City hat eine Einrichtung in der Grundrechtseinschränkungen stattfinden, keinen Platz. In einer Solidarity City gibt es ein Recht auf Wohnraum, und ein Recht auf Privatsphäre.

Unsere Initiative setzt sich deshalb gegen Rassismus und Ausgrenzung, und für elementare Grundrechte ein. In einer Solidarity City, soll es keine Unterschiede zwischen Menschen geben, was wir bestreben ist ein Zusammenleben in Gleichberechtigung. Und damit sind wir nicht alleine: Wir und die vielen anderen Freiburger Gruppen und Initiativen, die heute hier sind, machen Freiburg mit ihrem Engagement schon jetzt zu einer solidarischeren Stadt.

Dazu gehört, dass wir ausgrenzende Konzepte ablehnen. Damit meinen wir auch Erstaufnahmelager: Sie dienen vornehmlich einer Verwaltung, einem Instrument, um ausgrenzende Gesetze durchsetzen zu können. Hier werden Menschen nicht nur ihre Grundrechte verwehrt; es wird verhindert, dass sie als Menschen wahrgenommen und behandelt werden. Ihnen wird die Möglichkeit genommen, sich frei zu bewegen, und das zieht sich bis in ihren privatesten Wohnraum.

Solidarity City steht für Partizipation, und das bedeutet auch, dass sich Menschen für ihre Rechte einsetzen können. Dafür muss die Wehrhaftigkeit der Bewohner*innen der Einrichtungen gestärkt werden. Sie müssen darüber aufgeklärt werden, dass sie Rechte einfordern zu können. Und es braucht Rat und Tat, um so einer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Wir, die wir hier stehen, stehen mit hinter dieser Forderung. Dieser Redebeitrag richtet sich auch an uns alle, weiter daran zu arbeiten und nicht aufzugeben, bis dieses Unrecht endlich beseitigt ist. Und auch dann werden wir nicht aufhören. Denn Lager gehören allesamt abgeschafft! Und wir werden nicht eher Ruhe geben, bis auch diese unsägliche Form der Massenunterbringung von Menschen endlich Geschichte ist.

Zum Ende deshalb noch einige Forderungen an die Stadt:

- Wir fordern den Gemeinderat auf, nicht gegenüber dem Land kleinbei zu geben, was die Einmischung in die Zustände in der LEA angeht! Es gilt auch nicht, sich hinter rechtlichen Klauseln zu verstecken, die eine solche Einmischung nicht vorsehen: Denn die Gemeinderäte haben eine Verantwortung gegenüber allen Bewohner*innen dieser Stadt. Und das gilt auch für die Bewohner*innen der LEA!
- Wir fordern außerdem die Abschaffung der LEA und aller Lager. Stattdessen fordern wir weiterhin, wie schon so lange, die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten!
- Damit meinen wir auch die Bereitstellung von geeignetem, menschenwürdigem, bezahlbarem Wohnraum für alle Menschen in dieser Stadt. Im Notfall auch durch Besetzung von Leerstand, sowie durch die Enteignung großer Immobilienkonzerne.

Und zum Schluss fordern wir, auch an uns alle gerichtet, eine Stadt, in der Solidarität auf Augenhöhe geübt wird, in der man sich gemeinsam gegen Ausgrenzung und Ungleichheit einsetzt. Für eine Solidarity City, für das Recht auf Rechte!